

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeigen und die Nummern der Anzeigen entgegen. - Erscheint wöchentlich. - Preis pro Stück 10 Pf. - Anzeigenpreis nach Vereinbarung.

Redaktionsadresse: Die Redaktion des Auer Tageblatts für das Erzgebirge, Postfach 10, Erzgebirgskreis, Auerbach. - Telephon: 101. - Postfach: 101. - Auerbach, Erzgebirgskreis.

Telegraphische Anzeiger des Erzgebirges. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auerbach. Postfach-Rote: Auerbach, Erzgebirgskreis, Nr. 1010

Nr. 81

Freitag, den 4. April 1924

19. Jahrgang

Vor großen Entscheidungen.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Der morgige Sonnabend, an dem das von der Reparationskommission eingesetzte Sachverständigen-Komitee seine Gutachten abliefern wird, wird von weitestgehender Bedeutung sein. Auf aller Lippen liegt die bange Frage, ob es ein Wendepunkt ist, der dem deutschen Volke die Aussicht auf eine bessere Zukunft eröffnet. Ob nun endlich Haß, Rachsucht und Verblendung weichen werden und an ihrer Stelle Vernunft, wirtschaftliche Einsicht und Verständigungsbereitschaft sich geltend machen werden. Mit diesen Hoffnungen ist keineswegs die Aufnahme der Arbeit durch die internationalen Sachverständigen begründet; werden diese Hoffnungen jetzt in Erfüllung gehen?

Wir wissen bis jetzt noch nichts Bestimmtes über die Einzelheiten des Gutachtens, das die Sachverständigen auf Grund langwieriger und eingehender Beratungen verfaßt haben. Nur einige große Gesichtspunkte scheinen bereits festzustehen und die Angaben darüber werden von der zuständigen deutschen Stelle bestätigt. Danach wird die Grundlage der ganzen Sachverständigenarbeit die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit des Reiches sein. Die Währungsverträge und alle sonstigen Maßnahmen, die die Franzosen getroffen haben, um aus dem besetzten Gebiet eine Reparationsprovinz zu machen, die von ihnen ausgequ coastet wird wie eine Zitrone, werden verschwinden müssen. An die Stelle dieser „produktiven Pfländer“ Poincares sollen andere Pfländer allgemeiner Natur treten. Hierzu gehört in erster Linie eine besondere Organisation der Reichsbahn, die als Sicherheit für eine Anleihe dienen soll. Die Vorschläge der Sachverständigen in dieser Hinsicht sind erträglicher geworden als es eine Zeit lang zu erwarten war. Ebenso sollen gewisse indirekte Steuern, die das ganze Volk belasten, dem Reparationszweck dienlich gemacht werden. Die finanzielle Seite der Reparationsfrage soll besonders durch die deutsche Goldemissionsbank erledigt werden, bei deren Ausgestaltung man in letzter Zeit auch noch auf einige deutsche Wünsche Rücksicht genommen zu haben scheint. Deutschland wird ein Moratorium für vier Jahre gewährt. Während dieser Frist sollen jedoch die Sachleistungen weitergehen, doch werden sie zunächst aus den Erträgen einer internationalen Anleihe bezahlt. Nach Ablauf des vierjährigen Moratoriums sollen die Verzinsungen für Reparationszwecke beginnen. Die Höhe dieser Zahlungen ist so weit bestimmt, hauptsächlich durch die amerikanischen Sachverständigen und zwar auf Grund sehr genauer Studien in Berlin festgestellt worden.

Die Belastung, die der Plan der Sachverständigen Deutschland auferlegen will, wird sicher ganz gewaltig sein. Auch in Amerika steht man ja auf dem Standpunkt, daß Deutschland so viel an Reparationen zahlen müsse, als irgend in seinen Kräften liegt. Aber auf der anderen Seite ist es auch zweifellos, daß das Sachverständigengutachten in mancher Hinsicht eine wesentliche Erleichterung der Lage Deutschlands bringen wird. Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wird wieder hergestellt und damit den unerträglichsten Eingriffen der Franzosen in das wirtschaftliche Leben der besetzten Gebiete ein Ende gemacht. Vor allem aber wird das Schuldenverhältnis Deutschlands mit Bezug auf die Reparationen aus einem politischen allmählich in ein wirtschaftliches umgewandelt: an die Stelle der allierten Staaten treten als Gläubiger Deutschlands die internationalen Finanzmächte. Nun kann kein Zweifel sein, daß diese ihren Schuldner mit ganz anderen Augen betrachten, als die allierten Staaten, bei denen die wirtschaftlichen Erwägungen immer durchkreuzt werden von politischen Nebenabsichten. Das drohende Damoklesschwert der Ultimaten und Sanktionen würde damit vom Haupt Deutschlands fortgenommen werden, und Deutschland wäre dann in der Lage, auch vollständig freier zu atmen.

Das ist eine Aussicht, die natürlich den Militaristen und Unverwundlichen an der Seine keinesfalls gefällt. Sie suchen deshalb nach allerlei Vorwänden, um ihren Elfen noch zwischen die sich schließende Tür klümmen zu können. Wie nicht anders zu erwarten, hat sich Ministerpräsident Poincare bereitwillig zum Werkzeug dieser Bestrebungen gemacht. Er hat sich zwar unter gewissen Bedingungen bereit erklärt, die Ausnutzung der Pfländer abzuändern, hat aber betont, daß damit kein Grund gegeben sei, die französischen Truppen vor Erledigung der Zahlungen aus dem Ruhrgebiet zurückzuführen. Bis zum Schluß der Zahlungen will er im Ruhrgebiet bleiben, mit der Begründung, daß dies zur Sicherung der Zahlungen erforderlich sei.

Es braucht von dieser Seite nicht betont zu werden, daß gerade das Verbleiben der französischen Trup-

pen im Ruhrgebiet nur allzu sehr geeignet ist, Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Deutschland kann seine volle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nur entfalten, wenn sein wirtschaftliches Herz frei von fremdem Druck pulsieren kann. Außerdem würden die französischen Truppen im Ruhrgebiet sehr bald isoliert sein, da auf Grund des Versailler Vertrages das besetzte Rheinland stufenweise nach fünf, zehn und fünfzehn Jahren geräumt werden muß.

Die Forderung Poincares ist also zweckwidrig und undurchführbar, sie läßt aber von neuem einen tiefen Blick in die Hintergründe seiner Politik werfen. Selber haben auch diesmal wieder Deutsche dem französischen Ministerpräsidenten Argumente für seine Politik geliefert. Er begründet die Notwendigkeit des Verbleibens französischer Truppen an der Ruhr mit der Behauptung, daß auf Deutschland kein Verlaß sei, da der extremste Nationalismus hier immer mehr an Anhang gewinne. Er weist dabei zur Begründung seiner Behauptung auf die Freisprechung Lubendorfs hin und die Ovationen, die ihm gebracht worden sind, und er zieht auch gewisse nicht sehr zweckmäßige Stellen aus der letzten Rede Dr. Stresemanns heran. Auch in diesem Punkte sehen wir wieder, wie alle Ausschreitungen des Nationalismus in Worten und Taten unseren schlimmsten Feinden zum Besten dienen und von ihnen mit bereitwilligem Schmungeln aufgenommen werden.

Französische Drohungen.

Le Troquer in Düsseldorf.

Le Troquer ist am Mittwoch in Düsseldorf eingetroffen, wo er mit Depoutte und dem Chefingenieur Franzen über das Währungsabkommen Besprechungen hatte.

Sollte es nicht gelingen, bis zum 15. April neue Verträge mit Deutschland über die Sachleistungen abzuschließen, so würde Frankreich hierin den Wiederbeginn des passiven Widerstandes erklären, der schon einmal mit dem Zusammenbruch der Mark beendet habe. In diesem Falle würden Frankreich und Belgien auf eine Prüfung des Verichts der Sachverständigen überhaupt verzichten und die Maßregeln treffen, die sie selbst für notwendig halten würden.

Sperre für Auslandsreisen.

Wie an Berliner zuständiger Stelle verlautet, hat das Reichsfinanzministerium am Donnerstag früh telegraphisch eine Sperre für alle Auslandsreisen verfügt. Die Finanzämter dürfen keine Unbedenklichkeitsvermerke mehr ausstellen. Der Grund für diese Maßnahmen sind die überhandnehmenden Reisen ins Ausland und der dort getriebene, für deutsche Verhältnisse unwürdige Luxus. Bisher hat die Maßnahme jedoch nur für zwei Tage Gültigkeit. Es ist fraglich, ob die vom Finanzministerium verfügten Maßnahmen in der jetzt bekannt gewordenen Form aufrecht erhalten werden. Wie wir erfahren, handelt es sich offenbar bei dieser zweitägigen Sperre darum, die Neuregelung der Erstellung der Unbedenklichkeitsbescheinigung vorzubereiten. Vorausgesetzt werden die neuen Bestimmungen ein scharfes Vorgehen der Finanzämter zur Folge haben. Die Maßnahme erfolgte deswegen, weil sich herausgestellt hat, daß zur Zeit mindestens rund 70 000 Deutsche sich dauernd im Ausland aufhalten, was eine unklare Einfuhr darstelle, die unsere Zahlungsbilanz nicht unerheblich belastet. Die Neuregelung sieht insbesondere die Erhebung beträchtlicher Gebühren vor.

Das „Wahrheitsblatt“ ist in der Lage, die wichtigsten Bestimmungen der gesamten Verordnung mitzuteilen. Danach soll für Erklärungen, die ein Finanzamt über die steuerliche Unbedenklichkeit von Auslandsreisen ausstellt (Unbedenklichkeitsvermerke) bis auf weiteres eine Ausreisegeldgebühr erhoben werden, die für jede Person 500 Goldmark beträgt. Die Verordnung sieht in diesen Befreiungen von dieser Ausreisegeldgebühr vor, Sie braucht nicht entrichtet zu werden von Kranken, die laut ärztlichem Urteil einen Erholungsurlaub benötigen oder eine Kur außerhalb Deutschlands benötigen, ferner nicht von erholungsbedürftigen Kindern unter 14 Jahren, von Auswanderern, Handlungsgehilfen und Handelsagenten (bei letzteren nur unter bestimmten Voraussetzungen), endlich nicht von Beamten bei Dienstreisen ins Ausland und nicht von Vertretern inländischer Zeitungen bei Auslandsreisen im journalistischen Interesse. Die Verordnung soll mit Wirkung vom 2. April 1924 in Kraft treten. Für Unbedenklichkeitsvermerke, die vor diesem Termin ohne Ausreisegeldgebühr erstellt worden sind, wird der 8. April als letzter Gültigkeitstermin festgesetzt. Nach dem 8. April kann auf Grund solcher Unbedenklichkeitsvermerke die Ausreise nicht mehr angetreten werden.

Ferner teilt WTB mit: Die Vorschrift des Markausfuhrverbotes, wonach nicht mehr als 200 Goldmark

in deutschem Gelde ausgeführt werden dürfen, ist mit Wirkung vom 7. April auf den Reiseverkehr angewendet. Die Gesamtbegrenzung des mitzunehmenden Geldes auf 500 Goldmark bleibt bestehen, doch so, daß der Reisende sich die überaus 300 Goldmark, die nur in ausländischem Gelde mitgenommen werden dürfen, nach den in Deutschland gültigen Vorschriften in Deutschland beschaffen muß. Die Reichsregierung richtet gleichzeitig an alle Deutschen die bringende Bitte, Auslandsreisen, soweit sie für den einzelnen nicht notwendig sind, auch aus freier Entscheidung zu unterlassen.

Eine neue kommunistische Generalstreikbewegung.

Die Folgen der Berliner Tätigkeit Aglows und Rabats.

Der Berliner „Echo“-Vertreter meldet seinem Blatt, daß der russische Staatspräsident Krow und Rabat am Dienstag die deutsche Hauptstadt nach achtstündiger Anwesenheit verlassen haben. Die Wirkungen ihres Besuchs würde Deutschland recht bald an einem neuen kommunistischen Aufstand verspüren.

Die neue kommunistische Generalstreikbewegung geht bereits in großen Wellen über Deutschland. In den Eisenbahndirektionsbezirken Rönigsberg, Hannover und Berlin sind die den Verwaltungen ihres Besuchs wurde Deutschland recht bald an einem neuen kommunistischen Aufstand verspüren. Die neue kommunistische Generalstreikbewegung geht bereits in großen Wellen über Deutschland. In den Eisenbahndirektionsbezirken Rönigsberg, Hannover und Berlin sind die den Verwaltungen ihres Besuchs wurde Deutschland recht bald an einem neuen kommunistischen Aufstand verspüren.

Maisfeiern.

Bei uns in Deutschland.

Entsprechend der Regelung des Dienstes am 1. Mai-Feiertage beschloß das Reichskabinett, daß in den Ländern, in denen der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag landesrechtlich anerkannt ist, auch in den Reichsbehörden und -betrieben auf die landesgesetzlichen Bestimmungen Rücksicht zu nehmen ist. In den Ländern, in denen der 1. Mai nicht als gesetzlicher Feiertag gilt, haben Beamte, Angestellte und Arbeiter Anträge um Dienstbefreiung zu stellen, denen grundsätzlich, sofern nicht die Fortführung des Dienstbetriebes in Frage gestellt wird, zu entsprechen ist.

Über nicht in England.

Die „Morningpost“ meldet, die englischen Gewerkschaften haben die Feier des 1. Mai mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft für dieses Jahr abgelehnt.

Politik und Wirtschaft in Frankreich.

Nach einer Pause von mehreren Tagen hat der Franken eine neue Aufwärtsbewegung begonnen, die das Pfund auf 78,85, den Dollar auf 17,05 sinken ließ. Die Folgen dieser ausschließlich von wachstümlichen Rücksichten geleiteten Geldpolitik machen sich im Wirtschaftsleben des Landes sehr fühlbar. Insbesondere ist es der Export, der unter der Haube des Franken bereits leidet und die dadurch verursachten Betriebseinschränkungen haben in einer Anzahl von Industrien bereits zu Arbeiterentlassungen geführt. So daß außer den Kreisen von Handel und Industrie selbst Blätter, wie die kommunistische „Humanite“, energisch dagegen protestieren, daß die Wirtschaft der Politik geopfert wird. - Uebrigens ist der Franken bereits wieder gefallen, wie aus den letzten Drahtnachrichten ersichtlich.

487 Millionen Reichtum im Haushaltsplan für Versailles.

Der dem Reichsrat vorgelegte Haushaltsplan für die Ausführung des Versailler Diktats sieht an Ausgaben vor: 52 Millionen für Reparationsbarzahlungen, wozu Tilgung einer Schuld an die Reichsbank für Einlösung der an Belaten gegebenen Schatzwechsel; 27,5 Millionen zur Einlösung von Schuldverschreibungen zur Erhaltung der englischen Reparationsabgabe, 373 Millionen Besatzungskosten im alt- und neubesetzten Gebiete, 16 Millionen für die internationalisierte Kommission, 41,5 Millionen für Leistungen außerhalb der Reparationen (Währungsreparierungen usw.). 131 Millionen für innere Ausgaben anlässlich der Durchführung des Versailler Diktats (Gewalt- und Liquidationskosten, Beamten- und Militärschutz usw.). Diesen zusammen 640 Millionen Ausgaben steht auf der Einnahmeseite ein Ueberschuß der allgemeinen Reichsverwaltung in Höhe von 203 Millionen gegenüber, so daß sich ein Reichtum von 487 Millionen ergibt.

Die neutralen Reichswehr. Der Reichswehrminister hat das Spiel der Militärspeisen bis zum 4. Mai einschließlich bei allen öffentlichen und geschlossenen Veranstaltungen von